

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

fernsprecher N 8538. Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 12

Cöln, den 5. Juni 1915.

III. Jahrgang.

Große Aufgaben.

I.

Vor eine Fülle großer und zum Teil neuer Aufgaben auf dem sozialen Gebiete hat der Krieg die deutsche Nation gestellt. Aufgaben, deren Lösung zum Teil schon länger als notwendig und zweckdienlich erachtet wurden, deren Dringlichkeit aber erst der Krieg uns so recht zum Bewußtsein gebracht hat. Andererseits hat er eine Reihe neuer Aufgaben gezeitigt. Die Lösung dieser ganzen Fülle von alten und neuen Problemen wird aber nur dann zufriedenstellend gelingen, wenn alle Glieder des Volkes mit Liebe, aber auch mit Verständnis an die Lösung herantreten. Nicht zuletzt wird es von der eigenen Mitarbeit der einzelnen Stände abhängen, ob die Erledigung der sie betreffenden Fragen in einer sie zufriedenstellenden Form erfolgt. Wenn schon vor dem Kriege diese Mitarbeit unerlässlich war, ist sie während und nach dem Kriege zur unbedingten Notwendigkeit geworden. Die so notwendige Anteilnahme an den großen Fragen der Zeit ist aber nicht möglich, wenn jeder Einzelne auf seine eigene Faust hin, für sich allein Standespolitik treiben wollte. Organisatorische Zusammenfassung, deren Schlagkraft und Leistungsfähigkeit uns das deutsche Heer so treffend vor Augen geführt hat, ist unerlässlich. Diese organisatorische Zusammenfassung stellen aber für die einzelnen Stände die Landes- und Berufsorganisationen dar. Wer sich ihnen fernhält, verzichtet gleichzeitig auf sein Recht und entzieht sich seiner Pflicht.

Im Arbeiter- und Angestelltenstande läßt sich nun vielfach die Beobachtung machen, daß die Angehörige sich deshalb von der Mitarbeit ausschließen, weil ihnen die gestellten Aufgaben zu groß erscheinen und sie den Mut, mitzuarbeiten nicht finden können. Nichts verkehrter wie das: „Der Mensch wächst mit seinen Zielen.“ Deshalb kann für uns in Zukunft die Parole nur heißen: Herzhaft zugefaßt. Mit frischem Mut an die Arbeit.

Wir alle wollen doch, daß dieses gewaltige Ringen für uns siegreich beendet wird. Nicht umsonst sollen all die Opfer an Gut u. Blut, an Gesundheit und Familienglück gebracht werden. Deutschland soll und muß seine Weltmachtstellung behaupten und behalten, um seine Kulturgüter zu wahren. Aber diese unsere Kulturmachtstellung muß auch nach dem Kriege gesichert werden. Die französische Zeitung „Guerre Sociale“ schrieb vor einiger Zeit, daß Frankreich niemals seine Weltmachtstellung verloren, von anderen Staaten überflügelt und zum Vasallen des zarischen Rußland gemacht worden wäre, wenn es statt Abnahme eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen gehabt hätte. Die Scheu vor dem Kinde hat Frankreich ins Verderben gestürzt. Ganz recht!

Hat aber nicht Deutschland auch in den letzten Jahren einen bedenklichen Rückgang in der Geburtenziffer zu verzeichnen? Ist nicht auch bei uns die Kindersterblichkeit eine sehr hohe? Wird Deutschland seine Weltmachtstellung, seinen wirtschaftlichen Aufstieg nach einem siegreichen Ende des Krieges weiter behaupten können, bei einem weiteren Angriff neidischer Feinde, genügend Streiter ins Feld stellen können, wenn die oben gekennzeichneten Tatsachen sich noch weiter ausbreiten? Dringend wird diese Frage angesichts der großen Verluste, die der Krieg der deutschen Volkskraft auferlegt.

Die Ursache für den bedenklichen Geburtenrückgang ist wohl in erster Linie eine Folge der laxeren Auffassungen der sittlichen Verpflichtungen. Aber dieses ist nicht die einzige Ursache. Erst die unbefriedigenden sozialen Zustände gaben den Resonanzboden hierfür ab. Wenn kinderreiche Familien keine passenden Wohnungen mehr finden können, wenn der Familienzuwachs mit der Räumungsklage beantwortet wird, wenn durch Mangel an billigen und gesunden Wohnungen die Kindersterblichkeit begünstigt wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Bevölkerungszunahme nicht mehr zufriedenstellend ist. Ohne Lösung der Wohnungsfrage keine Aussicht auf Besserung. Ist es da keine Aufgabe der vaterlandliebenden Arbeiter und Angestellten, mitzuarbeiten?

Nicht minder wichtig ist die Aufgabe, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen zu versorgen. Heute kommt uns so recht zum Bewußtsein, wie wenig man sich um diese Angelegenheit bekümmert hat. Jahrzehntelang hat man sich um die Frage gestritten, ob die Landwirtschaft durch Zölle geschützt werden soll oder nicht. Die ganze Angelegenheit war zum Zankapfel der politischen Parteien geworden. Geduldig trug die Bevölkerung die hohen Lebensmittelpreise der letzten Jahre, in der Voraussetzung, daß die Ernährung auch in schweren Zeiten zu angemessenen Preisen sichergestellt sei: Heute dagegen sollen Lebensmittel als „Kriegsgut“ bewertet und mit einem Aufschlag bis zu 300 Prozent bezahlt werden. Zu Wucherobjekten für die Armen und Armsten werden die Gaben Gottes erniedrigt. Gewiß haben die Regierungen vieles getan, um dieses zu verhindern. Aber der gute Wille scheiterte zum Teil, mußte scheitern, weil es an Erfahrung an genauen Kenntnissen fehlte, was uns eigentlich zur Verfügung stand, als England uns die ausländische Zufuhr zum großen Teile abschchnitt. Hier rächte sich schwer die Sorglosigkeit, mit der in früheren Jahren diese Frage behandelt wurde. Eine Unmenge von lebender Volkskraft ist hier verdorben. Man erwidere uns nicht, daß die vorhandenen Lebensmittel doch dem Volke in seiner Gesamtheit zur Verfügung stehen und nichts verschw-

det wurde. Gewiß. - Aber durch eine unzweckmäßige Verteilung, bedingt durch die Preisgestaltung, ist die Ernährung der großen Massen gefährdet. Große Mengen Kartoffeln sind den Schweinen verfüttert, um denen, die zahlen können, den unbefchränkten Fleischgenuß zu sichern, während große Kreise des arbeitenden Standes sich wegen der hohen Kartoffelpreise eine Einschränkung in dem Genuß dieses Lebensmittels auferlegen mußte. In einer rheinischen Großstadt warnt die Stadtverwaltung, den Säuglingen die sonst sehr wertvolle kondensierte Magermilch zu geben, während ein Besuch der großen Konditoreien und Kaffees uns belehrt, daß noch eine Unmenge von Törtchen, Kuchen, Kaffee mit Schlagahne, aus bester Vollmilch, von männlichen und weiblichen Schleckermäulchen, die zahlen können, zu ihrem Genuß, nicht zur Ernährung, verschwendet wird. Dieses sind nur einige Beispiele dafür, wie schwer sich heute die Sorglosigkeit, mit der gerade die Ernährungsfrage früher behandelt wurde, rächt. Für uns liegt alle Veranlassung vor, das bereits vor dem Kriege auf dem dritten Arbeiterkongreß aufgestellte Programm genau zu verfolgen.

Fürsorge für die Kriesbeschädigten.

Es ist erhebend zu sehen, welch großes Interesse das deutsche Volk gegenüber unseren Kämpfern draußen an den Tag legt. Zunächst erstreckte es sich auf die Fürsorge für die Kriegerfamilien, um Not und Entbehrungen von ihnen fernzuhalten und dadurch in den Kriegern das Bewußtsein zu wecken, daß ihre Lieben wohlgeborgen sind; sodann auf die Übermittlung von Liebesgaben; auf die Pflege der Verwundeten und Kranken usw. All diese Fragen sind im Laufe der zehn Kriegsmonate zumeist in befriedigender Weise geregelt worden. Eine andere ist dafür mehr in den Vordergrund getreten, an deren zufriedenstellender Lösung auch mit regem Eifer gearbeitet wird: die Fürsorge für die Kriesbeschädigten.

Gewaltig groß sind die Opfer, die der Krieg an Menschenleben und Gesundheit fordert. Groß ist insbesondere auch die Zahl der Verwundeten. Glücklicherweise gelingt es der ärztlichen Kunst meist, diese wieder einer baldigen Heilung entgegenzuführen. Wie viele, die verwundet waren, sind nach einigen Wochen oder Monaten wieder an die Front gegangen, da sie völlig geheilt wurden. Dabei waren manche so schwer verwundet, daß man hätte glauben sollen, sie würden zeitweilig Krüppel bleiben. Doch neben der Kriegswissenschaft und -technik steht heute auch die ärztliche Wissenschaft auf einer höheren Stufe wie im Jahre 1870/71. So werden heute unzählige Menschenleben erhalten, die bei dem damaligen Stande der Medizin unrettbar verloren gewesen wären. Das ist gewiß ein erfreulicher Fortschritt.

Dennoch wird ein erheblicher Teil der Kriesverletzten nicht mehr gefechtsfähig werden und auch mit einer dauernden mehr oder minder großen Erwerbsbeschränkung zu rechnen haben. Da sind nun Bestrebungen im Gange, auch diese wieder in möglichst hohem Grade arbeitsfähig zu machen. Es liegt natürlich im eigensten Interesse der Kriesbeschädigten, wenn das gelingt. Denn die Renten, die gewährt werden, sind wohl in keinem Falle so hoch, wie der frühere Arbeitsverdienst, sodaß sie allein nicht zum Lebensunterhalt ausreichen, zumal dann nicht, wenn noch eine Familie zu unterhalten ist. (Die Rente richtet sich bekanntlich nach dem Grade der erlittenen Erwerbsbeschränkung. Sie ist um so höher, je geringer die Erwerbsbeschränkung ist. Über die Art und Höhe der Renten haben wir in verschiedenen Art. des Organs in ausführlicher Weise berichtet.)

Als das Ziel dieser Bestrebungen betrachtet man es, die Kriesbeschädigten tunlichst wieder ihrem früheren Berufe zuzuführen. Das dürfte auch in vielen Fällen gelingen, da es der orthopädischen Kunst in hohem Grade möglich ist, verlorene Gliedmaßen durch künstliche (Prothesen) zu ersetzen, deren erfolgreiche Anwendung besonders in den Krüppelheimen zu beobachten ist. Natürlich kann man bei einer so ernstlichen Angelegenheit nicht rein schematisch verfahren, da sowohl die Berufe wie die Art der Verletzung zu verschieden sind. Die einzelnen Fälle müssen individuell behandelt werden, wenn entsprechende Erfolge erzielt werden sollen. Man kann aber das Vertrauen zu den in Betracht kommenden Faktoren haben, daß das auch geschieht.

Sofern jedoch die Aufnahme des früheren Berufes nicht möglich ist, soll die Überleitung in einen neuen Beruf erstrebt werden. Das soll jedoch immer der letzte Schritt sein. Denn dabei sind oftmals große Schwierigkeiten zu überwinden, die an die Willenskraft des Betreffenden große Anforderungen stellen. Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß infolgedessen leicht eine Überfüllung bestimmter Berufe eintreten kann, was für die Lohnverhältnisse derselben nicht von günstiger Wirkung sein könnte.

Um den in Frage kommenden Personen behilflich zu sein, sind vielfach schon, besonders in den größeren Städten, besondere Berufsberatungsstellen eingerichtet worden, wie denn auch die Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden nebst Privaten eine umfassende Tätigkeit in der Fürsorge für die Kriesbeschädigten entfalten. Für diesen Zweck sind auch bereits allenthalben größere Mittel bereitgestellt worden. Denjenigen Kollegen, die es angeht, ist daher nur anzuraten, gegebenenfalls diese Berufsberatungsstellen zu benutzen, wodurch natürlich keinerlei Unkosten entstehen. Im Gegenteil leisten oder vermitteln dieselben noch besondere Beihilfen, um die Wiederaufnahme des alten oder eines neuen Berufes zu ermöglichen. Die Rheinprovinz hat bereits besondere Grundzüge festgelegt, in welcher Weise solche Beihilfen zu gewähren sind.

Erfreulicherweise haben sich auch schon große Arbeitgeberverbände bereit erklärt, die früher bei ihnen beschäftigt gewesenen Kriesbeschädigten wieder möglichst in ihren Betrieben unterzubringen und angemessene Löhne zu zahlen. Das Gleiche haben bereits viele behördliche Arbeitgeber getan, was ja auch eigentlich selbstverständlich ist.

Ein anderes Moment ist aber mindestens ebenso wichtig. Das ist die Frage, ob die Renten nicht vom Arbeitsentkommen abhängig gemacht werden. Vielfach wird nämlich die Befürchtung gehegt, daß bei steigendem Einkommen die Renten entsprechend gekürzt würden. Jedoch hat das preussische Kriegsministerium schon vor einiger Zeit bekanntgegeben, daß „die Aufnahme lohnbringenden Erwerbs die Höhe der Rentenzahlung ungünstig beeinflussen könnte“, sei nicht zu befürchten. Ferner heißt es in der Auslassung des Kriegsministeriums:

„Die Tatsache der lohnbringenden Beschäftigung oder die Höhe des einzelnen Verdienstes kann allein keine Änderung oder Entziehung der Rente begründen. Eine Umrechnung des Verdienstes auf die Versorgungsgebührrnisse ist unzulässig. Eine Minderung oder Entziehung der Rente könnte nur bei einer wesentlichen Steigerung der Erwerbsfähigkeit eintreten. — Die Kriegszulage ist solange fortzuzahlen, als der Versorgungsberechtigte in seiner Erwerbsfähigkeit in meßbarem Grade, also mindestens um 10 v. H. geschädigt ist. So würde z. B. jemand, der durch den im Kriege erlittenen Verlust eines Fußes erwerbsbeschränkt geworden ist, stets neben der dem Grade seiner Erwerbsunfähigkeit entsprechenden

Rente die Verstümmelungszulage von 27 *M* monatlich und die Kriegszulage beziehen, gleichviel welches Einkommen er aus lohnender Beschäftigung hat. — Weder Arbeitgeber noch Verletzte haben daher zu befürchten, daß die Verwendung eines solchen Verletzten und die wohlwollende Zahlung höheren Lohnes sachliche Nachteile für denselben herbeiführen könnte."

Das Kriegsministerium wünscht, daß alle beteiligten Stellen Befürchtungen dieser Art entgegneten würden. Es wäre natürlich sehr zu wünschen, daß die übrigen Kriegsministerien den gleichen Standpunkt einnehmen würden, was aller Wahrscheinlichkeit nach auch geschehen wird, da es nur der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht.

Nach diesen Verlautbarungen darf wohl mit Bestimmtheit erwartet werden, daß die ausgiebige Anwendung der Orthopädie nicht zu einer Rentenquetzche, als welche sie bei der Unfallversicherung von den Verletzten vielfach mit Recht erachtet wird, führt. Wie sich aus diesen Darlegungen ergibt, handelt es sich hier um eine hochwichtige Angelegenheit, die aber auch, wie man feststellen kann, mit dem ihr zukommenden Ernst behandelt wird. Auch eine Anzahl unserer Verbandskollegen ist infolge der erlittenen Verwundungen daran schon jetzt persönlich interessiert. Es würde auch uns natürlich sehr freuen, wenn es gelänge, sie wieder alle so arbeitsfähig zu machen, daß sie ihren Beruf später wieder aufnehmen können, damit wir wieder wie vor dem Kriege einträchtig Hand in Hand an der Erfüllung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben arbeiten können.

Eine neue Kraftprobe.

Fast zehn Monate dauert nun schon der Weltkrieg. Mit beispiellosem Mut und Geschick hat das deutsche Volk bisher gegen die vielen übermächtigen Feinde gekämpft und die Schwere des Krieges in Feindesland getragen. In unzähligen Schlachten ist es der Gegner Herr geworden und Sieger geblieben. Noch in den letzten vier Wochen hat es alle Welt durch seine Schlagfertigkeit in Erstaunen gesetzt. Die monatelangen Karpathenkämpfe, die besonders russischerseits mit ungeheuren Menschenmassen in erbitterter Weise geführt wurden, sind zugunsten Österreichs und Deutschlands entschieden worden. Wurden doch an rund 200 000 russische Gefangene gemacht und unzähliges Kriegsmaterial erbeutet. Gleichzeitig bewegten sich deutsche Heeresmassen gegen den Norden Rußlands zu und setzten sich in den Besitz der Festung Libau. Und zur selben Zeit setzten gewaltige Kämpfe im Westen ein, die die deutschen Truppen bis dicht vor die Tore der Stadt Ypern führten und es ihnen ermöglichte, die französische Festung Dünkirchen zu beschießen. Damit wurde wieder ein glänzender Beweis von der deutschen Überlegenheit erbracht, da die Beschießung aus einer Entfernung von 38 Kilometer erfolgte, ein Ereignis, das bisher unerreicht dasteht. Dazu kommt noch eine andere hervorragende Tat: die Verlenkung des englischen Schnelldampfers „Lusitania“ an der Südküste Irlands, also in englischen Gewässern, durch ein deutsches Unterseeboot. Nimmt man zu all diesem noch die von den Türken mit erstaunlicher Kraft abgeschlagenen Landungsversuche der Engländer und Franzosen an den Dardanellen, die, wie alle Welt weiß, in der Hauptsache deutscher Führung zuzuschreiben sind, so kann man verstehen, daß es unseren Feinden immer unheimlicher zu Mute wird.

Sie fühlen, daß es mit ihrem Latein bald zu Ende ist. Darum suchen sie nach immer neuen Bundesgenossen. Bei Griechenland sind sie abgeblüht. Die Griechen haben keine

Lust, ihre Knochen für die Engländer und Franzosen zu Markte zu tragen. Dagegen leistet das „freie neutrale“ Amerika ihnen und den Russen Handlangerdienste mit der Lieferung von Kriegsmaterial. Das bedeutet zwar Neutralitätsbruch, aber daraus macht sich der amerikanische Yankee nichts, da ihm das Geschäft über alles geht. Darum ist auch das amerikanische Geschrei wegen des Unterganges der „Lusitania“ wohl weniger dem Mitleid mit den dadurch umgekommenen Menschen entsprungen, als der Befürchtung, daß der so schwunghafte und gewinnbringende Handel mit Kriegsmaterial Schaden leiden könnte.

Ihre besten Freunde scheinen unsere verbündeten Gegner aber unmehr in — Italien gefunden zu haben, das nun nach 33-jähriger Bundesgenossenschaft, durch die es erst in die Reihe der Großmächte aufsteigen konnte, sich in das Lager der Feinde seiner früheren Verbündeten begeben hat. Ein Treubruch, wie ihn die Weltgeschichte wohl kaum jemals zu verzeichnen hat. Am Pfingstsonntag hat es Österreich den Krieg erklärt und ist damit auch zum Feinde Deutschlands geworden.

Nicht überraschend kommt dieser Schlag. Es war voraussehen, daß die freimaurischen Kriegsheber den Sieg über die Friedensfreunde davontragen würden, in folgedessen Österreich, wie auch Deutschland, Vorsorge getroffen haben, die jede Überrumpfung ausschließt. Bisher sind wir mit den zehn Millionen zivilisierten halb- und ganzwilden, Russen, Engländern, Franzosen, Serben u. sonstigen Sammeldieben fertig geworden und werden auch der Million waffenfähigen Italienern zeigen, daß trotz ihres Eintretens die Waagschale des Sieges sich auf unsere Seite neigen wird.

Das deutsche Volk wird durchhalten und wird auch diesen Schlag zu parieren wissen. Wir müssen und wir werden siegen. Trotz alledem!

Aber nicht nur für unsere Wehrmacht bedeutet das Eingreifen Italiens in den Krieg eine weitere Kraftprobe, sondern auch für die Nichtkämpfer. Auch für diese gilt es, den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden. Viele unserer Kollegen, die bisher vom Kriegsdienst entbunden waren, werden jetzt den Waffenrock anziehen müssen. Da müssen denn andere einspringen, um die verwaisten Posten zu besetzen, damit die Verbandsgeschäfte ordnungsgemäß weitergeführt werden. Es muß alles darangesetzt werden, das Bestehende unter allen Umständen hochzuhalten.

Aus unseren Berufen.

Gewährung von Teuerungszulagen.

Weiden (Oberpfalz). Der hiesige Magistrat hat beschloffen, auf unseren Antrag hin eine Kriegszulage von 40 *S* pro Tag den städtischen Arbeitern und Bediensteten zu bewilligen.

Aus den Ortsgruppen.

Röln. Den mancherlei Erfolgen, die wir im Laufe des Krieges für unsere Kollegen, sowohl für die in Arbeit stehenden, wie für die Krieger, erzielt haben, reiht sich ein neuer an. Er kommt unseren Kriegsbeschädigten zugute. Die Stadt hat schon eine Anzahl solcher Kollegen eingestellt, die durch den Krieg in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind. Dabei wurde ihnen, wie das auch sonst üblich ist, die Rente voll auf den Lohn angerechnet. Infolgedessen kamen sie trotz der Rente nicht über ihren Lohn hinaus. Das muß man als eine Gärte gegenüber diesen Kollegen betrachten. Deshalb hat sich der Kollege Dedenbach dafür bei der Stadtverwaltung verwandt, einen Teil der Renten, und zwar die sog. Zulagen, nicht in Anrechnung zu bringen. Dieser Anregung hat die Stadtverwaltung nunmehr im vollen Umfange entsprochen.

Sie hat eine Verfügung erlassen, wonach die Kriegszulagen u. die Verstümmelungszulagen am Lohn nicht aufgerechnet werden sollen. Demnach können die betr. Kollegen ein Gesamteinkommen beziehen, das ihren Lohn um die genannten Beträge übersteigt. Die Kriegszulage beträgt 15 *M.*, die einfache Verstümmelungszulage 27 *M.* monatlich. Diese Regelung werden unsere Kollegen mit freudiger Gemuthung aufnehmen. Möchten alle Stadtverwaltungen diesem schönen Beispiel folgen.

Bonn. (Gem.-Arbt.) In Nr. 20 der „Gewerkschaft“, dem Organ des freien Gemeindearbeiterverbandes, wird den christlich-organisierten Arbeiterauschussmitgliedern der städtischen Betriebe in Bonn der Vorwurf gemacht, die Interessen einer Anzahl städtischer Arbeiter geschädigt zu haben. So gerne wir nun auch besonders in der jetzigen ersten Zeit alle Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten auch auf gewerkschaftlichem Gebiete vermeiden möchten, so kann man uns doch nicht zumuten, solch ungerechten und gehässigen Vorwürfe unwiderlegt zu lassen. Deshalb sehen wir uns gezwungen, den Verlauf der Schritte, die im Interesse der städtischen Arbeiter während der Kriegszeit unternommen wurden, kurz zu schildern.

Da eine größere Anzahl städtischer Arbeiter noch einen um 30 resp. 40 *S.* unter dem ortsüblichen Tagelohn stehenden Lohn bezogen, wurde von seiten unseres Verbandes beantragt, doch allen städtischen Arbeitern mindestens den ortsüblichen Tagelohn zu zahlen. Daraufhin ging uns unterm 19. Februar d. J. von seiten der dortigen Verwaltung der Bescheid zu, daß in Zukunft unseren Wünschen entsprechend mindestens der ortsübliche Tagelohn an alle städtischen Arbeiter gezahlt werden solle. Dies bedeutete für eine größere Anzahl städtischer Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 30 resp. 40 *S.* pro Tag. Da nun aber trotz dieser Aufbesserung die Mehrzahl der städtischen Arbeiter infolge der andauernden Preissteigerung für alle Bedarfsartikel kaum in der Lage waren, auch nur die allernotwendigsten Bedürfnisse für sich und ihre Familien zu bestreiten, beantragten wir anfangs März d. J. eine Teuerungszulage für alle städtischen Arbeiter. Daraufhin wurde dann ein Beschluß gefaßt, wonach allen Arbeitern, bei denen eine Notlage vorläge, eine Zulage zu gewähren sei. Der Beschluß wurde nun in einzelnen Betrieben in der Weise ausgeführt, daß man Arbeitern, die mindestens 4 Kinder unter 14 (oder 16 Jahren) und nur 3,50 *M.* pro Tag haben, für jedes Kind pro Monat 3 *M.* Zulage gewährte. Daß eine derartige Maßnahme mit den damit verbundenen Härten und Ungleichheiten große Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft hervorrief, ist leicht erklärlich. Deshalb wurde unser Bezirksleiter, Kollege Mr., an maßgebender Stelle (bei einigen Herren Stadtvorordneten und auf dem Rathause) vorstellig, und hier sah man denn auch das Unhaltbare einer derartigen Auslegung des betr. Beschlusses ein und erklärte, daß dies nicht dem Sinne des Beschlusses entspreche. Daraufhin wurde denn auch, um die erwähnten Härten und Ungleichheiten auszuräumen, auch wohl deshalb, weil tüchtige, geeignete Arbeitskräfte zu den bisherigen Löhnen nicht in genügender Anzahl zu haben sind, eine 10%ige Lohnerhöhung angeordnet. Sollte dies in einzelnen Betrieben oder Fällen nicht zutreffen, so muß es unsere Sorge sein, auch hier auf Durchführung dieser Maßnahme zu drängen.

Aus dem hier angegebenen Verlauf der ganzen Angelegenheit geht wohl zur Genüge und unzweifelhaft hervor, daß sowohl die erste Erhöhung der Löhne vieler Arbeiter auf die Höhe des ordentlichen Tagelohnes (also eine Verbesserung von 30—40 *S.* pro Tag) wie auch die Gewährung der Teuerungszulage auf unsere Drängen hin erfolgt sind. Wenn wir dies bisher nun nicht so sehr hinausposaunt haben, so geschah dies lediglich deshalb nicht, weil wir der Ansicht sind, daß es einerlei sei, ob die Erfolge den Drängen der Christlichen oder der freien Gewerkschaften oder dem Wohlwollen der Verwaltung zu verdanken sind, daß uns vielmehr die Hauptsache ist, daß die städtischen Arbeiter das ihnen Zustehende erhalten. Diesen Standpunkt hat unser Beamter Mr. noch in der Versammlung des freien Gemeindearbeiterverbandes am 28. März in Bonn zum Ausdruck gebracht und ausdrücklich betont, daß alle Arbeiter beider Gewerkschaftszweigungen alles vermeiden möchten, was den Anschein der Uneinigkeit der städtischen Arbeiter erwecken könne. Nach diesem Grundsatz haben wir auch bisher gehandelt und um jede Reiberei zu vermeiden, es sogar unterlassen, unsere Tätigkeit und die damit verbundenen Erfolge unseren Kollegen als unser besonderes Verdienst bekannt zu geben.

Wenn wir so alles getan haben, um den Burgfrieden zu wahren, und die Einigkeit der städtischen Arbeiter zu erhalten, so müssen wir es um so mehr bedauern, daß in dem erwähnten Artikel die Sache so dargestellt wird, als ob die erfolgten Verbesserungen dem Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes zu verdanken wären

und zugleich versucht wird, die Arbeiterauschussmitglieder des christlichen Verbandes zu verächtigen, indem man ihnen vorwirft, sie hätten es unterlassen, den Arbeitern Mitteilung von der Gewährung der Kinderzulagen zu machen und dadurch viele Arbeiter geschädigt. Dieser Vorwurf ist schon deshalb unberechtigt, weil diese Maßnahme sich in den betreffenden Betrieben sofort allgemein rundgesprochen hatte und allen Arbeitern bekannt war. Aber selbst dann, wenn dies nicht der Fall wäre, ist es geradezu lächerlich, von den Ausschussmitgliedern zu verlangen, daß sie nun jeden einzelnen Arbeiter aufsuchen und ihm die gewünschten Mitteilungen machen sollen. Vielmehr wäre es Pflicht aller Arbeiter, die Versammlungen zu besuchen, in denen derartige Angelegenheiten besprochen werden, um sich dort Auskunft und Aufklärung zu holen. In einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung fehlten aber viele Kollegen, ohne einen sichhaltigen Grund für ihr Fernbleiben zu haben. Es liegt darnach wohl klar auf der Hand, daß es den Herren Genossen mit ihren unwahren, gehässigen Vorwürfen in dem betreffenden Artikel nur darum zu tun ist, dem christlichen Verbands resp. dessen Mitgliedern etwas am Zeuge zu flicken. Daß sie mit solchem Vorgehen die Interessen der Arbeiterschaft nur schädigen, scheint diesen Leuten ziemlich gleichgültig zu sein. Oder sollten sie es wirklich nicht einsehen können, da besonders jetzt, wo wir Schritte zur endlichen Durchföhrung der durch den Kriegsausbruch verschobenen Neuregelung der Lohnordnung für die städtischen Arbeiter zu unternehmen gedenken, vor allem volle Einigkeit und geschlossenes Vorgehen in der städtischen Arbeiterschaft notwendig ist.

Die denkenden städtischen Arbeiter werden es mit uns bedauern, durch die Angriffe der Genossen zu dieser Abwehr gezwungen worden zu sein. Sie werden es uns aber nicht zumuten, daß wir unsere Arbeiterauschussvertreter und unsere Bewegung stillschweigend in solch unehrlicher Weise verächtigen lassen, ohne die darauf notwendige Aufklärung zu schaffen. Sie werden aber auch mit uns alles tun, um die so notwendige Einigkeit unter der städtischen Arbeiterschaft zu stärken, um so eintig und geschlossen sowohl jetzt, wie auch nach dem Kriege ihre Interessen wirksam vertreten zu können.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Kriegstagung der Deutschen Verbraucher.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am Sonntag, den 16. Mai in der „Victoriabrauerei“, Lützowstraße zu Berlin vom Kriegsausschuß der Konsumenteninteressen abgehaltene Konferenz. Die dem Ausschluß angeschlossenen 60 Zentralorganisationen der Arbeiter, Angestellten, Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Frauen und verschiedener gemeinnütziger sozialpolitischer Vereinigungen aus sämtlichen politischen und religiösen Lagern, ferner die am Sipe der Generalkommandos und sonstigen bedeutenden Orten bestehenden 20 Bezirksausschüsse mit 16 Ortsausschüssen hatten ihre Delegierten entsandt. Über die volkswirtschaftliche Tätigkeit des Kriegsausschusses hielt Universitätsprofessor Dr. Waldem. J i m m e r m a n n einen eindrucksvollen Vortrag. Er führte aus, daß die Gründung des Kriegsausschusses aus dem Bestreben hervorgegangen ist, gegenüber dem Aushungerungsplan Englands die Durchhaltung zu organisieren und eine angemessene Preisgestaltung d. vorhandenen Nahrungsmittel zu erstreben. Ihm fiel die Aufgabe zu, gegenüber den Bestrebungen in Regierungskreisen, die Einschränkung im Verbrauch durch eine Heraufsetzung der Warenpreise zu erzielen, entgegenzuarbeiten und diese Sparpreispolitik durch eine Beschlagsnahmepolitik zu bekämpfen. Diese Politik hat der Ausschuß durch Besprechungen mit der Regierung, durch Denkschriften, große öffentliche Kundgebungen und statistische Erhebungen sowie sonstige Selbsthilfemaßnahmen energisch verfolgt. Er kann die bald nach Aufnahme seiner Tätigkeit erfolgte Brotgetreide-Beschlagsnahme als seinen ersten großen Erfolg vermerken. Mit gleicher Entschiedenheit, aber mit wechselndem Glück wurde die Sparpreispolitik der Regierung bei den Kartoffeln und beim Fleisch bekämpft. Auch in der Frage einer stärkeren Verwendung von Magermilch und Zucker, eines Verbotes der Schnapsbrennerei, der Besserung der Rechtslage der Kriegsfamilien im Mietvertrage, der Abwehr einer Kürzung von Gehäl-

tern und Löhnen zc. wurde zu Gunsten der Verbraucher mit Nachdruck gewirkt. Die Aussprache über beide Vorträge brachte außer der einstimmigen Billigung der Vorstandsmaßnahmen eine Reihe wichtiger Anregungen. Ferner erstatteten die Bezirksorganisationen Berichte über ihre umfangreichen Arbeiten in der Provinz. Sodann sprach Geheimrat Professor Dr. J u n k - Berlin über das Thema: „Die Sicherung der zukünftigen Ernte für die Konsumenten“. Seine überaus beachtenswerten und mit lebhaftem Interesse verfolgten Ausführungen finden in den untenstehenden Richtlinien des Gesamtvorstandes ihren wesentlichen Ausdruck. Hervorgehoben zu werden verdient noch sein Hinweis auf die Möglichkeit, daß wir mit unserer voraussichtlich nur mittelguten Getreideernte auskommen können, wenn ein sofortiges Verbot der Verfütterung erlassen wird. Außerdem müsse energisch zur künstlichen Trocknung wie in anderen Ländern geschritten werden. Eine Erhöhung der Brotzation für die schwerarbeitende Bevölkerung, besonders die Landarbeiter, sei dringend zu wünschen. Dem Futtermangel könne durch Trocknung von Blättern aller Art in großem Maßstabe abgeholfen werden. Der wegen etwa 80 % geringere Rübenanbauflächen wesentlich knappere Zuckervorrat müsse im Hinblick auf seine große Bedeutung bei der Volksernährung durch Höchstpreise im Groß- und Kleinhandel für den menschlichen Bedarf gegen die Spekulation gesichert werden. Die Streckung der Getreidevorräte durch Kartoffel will der Vortragende beibehalten wissen, ferner soll sofort nach der Ernte mit der Herstellung getrockneter Kartoffelprodukte begonnen werden. Selbst bei ungünstiger Kartoffelernte sei ein großer Überschuß über den menschlichen Bedarf vorhanden. Dieser könne unter scharfer Kontrolle des Schweinebestandes und bei Festsetzung eines angemessenen Preisverhältnisses zwischen Schweinen und Kartoffeln zur Fütterung benutzt werden. Zur Schonung der Kartoffelvorräte soll die Herstellung von Spiritus aus Holz und ähnlichen Stoffen begünstigt werden. Als Ersatz für Fleisch käme die heute in großen Mengen verfügbare Magermilch in Betracht. Schließlich wandte sich der Vortragende gegen die Forderung von Normalpreisen auf Grund des Ergebnisses der letzten drei Jahre und eines Zuschlages von 10 % Prozent. Er verlangte die rechtzeitige Festsetzung der Preise nach Anhören von Sachverständigen und Vertretern aller beteiligten Kreise. Schließlich fanden die folgenden Richtlinien für die deutsche Ernährungspolitik im neuen Erntejahr einmütige Annahme:

1. Sicherstellung auskömmlicher Menschenernährung, vor dem Vieh, zu erträglichen Preisen.
 - a) Beschlagnahme hinreichender Mengen von Brotgetreide, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten, sowie von Kartoffeln auf Großgütern, für den Jahresbedarf von 70 Millionen Menschen; öffentliche Enteignungs- und Sicherungsbefugnisse für andere elementare Massenbedarfsartikel, wie Magermilch, Butter (bei Mangel sonstiger Fette), Fleischvieh, Zucker usw. auf Grund eines psychologischen Mindestbedarfsplanes.
 - b) Fortführung und gegebenenfalls Weiterbildung des gemeinwirtschaftlichen Verteilungsverfahrens nach Kopfmengen für Brot zc.
 - c) Systematische Durchführung der Höchstpreisfestsetzung für Produzenten und Händler. Prozentuale Vermittlungsvergütung mit zeitlich gestaffelten Lagerungszuschlägen. Verkaufszwang. Vorkaufsrechte für Gemeinden, gemeinnützige Anstalten usw. Eisenbahntarifpolitik. Reichsvergütungen für Auslandsbezüge. Rücksichtslose Anwendung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 138) und des Reichsstrafgesetzbuches (§ 263 und § 302 e) gegen wucherische Ausbeutung der Notlage des Reiches und seiner Bürger.

- d) Systematische Herstellung und Aufspeicherung von Dauernahrung, Dörrgemüse, Trockenkartoffeln usw. Beschränkung der Trinfornanwein- und Biererzeugung. Pflege der öffentlichen Bürgererzehrungen. Einschränkung des „Streckens“ wichtiger Lebensmittel.
2. Öffentliche Ordnung der Viehhaltung und der Futtermittelversorgung.
3. Voraussetzung: Errichtung einer Reichsernährungsbehörde im Zusammenwirken mit selbständigen Behörden für dezentralisiert verwaltete einheitliche Wirtschaftsbezirke und einzelne Reichsgegenden. Zuziehung von Konsumentenvertretungen bei allen Maßnahmen der Behörden in der Ernährungsfrage. Förderung der Ernterzeugung und Einbringung mit geldlichen, technischen und organisatorischen Reichsmitteln. Sorgsamste Ernteschätzung. Bestandsaufnahmen für sämtliche wichtigen Nahrungs- und Futtermittel, wie für landwirtschaftliche Betriebsstoffe in ständiger Wiederholung, zum erstenmale sofort nach der Ernte, mit Deklarationszwang und schärfsten Strafbestimmungen für Falschmeldungen. Einziehung der verschwiegene Vorräte. Errichtung städtischer Lebensmittelämter in allen größeren Gemeinden.

Rundschau.

Verleihung des Eisernen Kreuzes. Mit dem Eisernen Kreuz wurden ausgezeichnet die Mitglieder der Ortsgruppe Cöln (Str.) Wilhelm Kaiser und Ernst Laafen. Von der Ortsgruppe Mannheim (Str.) der Kollege Josef M u n d - h a s, Sergeant beim Landsturm-Batl. Mannheim. Letzterer erhielt zu gleicher Zeit noch die badiſche silberne Verdienst-Medaille. Unseren herzlichsten Glückwunsch! Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Feldpostbriefe.

Bei der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes sind bis heute ca. 850 Karten und Briefe aus dem Felde eingelaufen. So erfreulich diese Tatsache ist, sie zeigt uns, daß auch die Mitglieder im Felde den Verband nicht vergessen haben und noch regen Anteil an seinem Wirken und Arbeiten nehmen, ist es den Mitgliedern des Hauptvorstandes aber leider nicht möglich, jeden Brief oder jede Karte einzeln zu beantworten, oder im Organ zum Abdruck zu bringen. Deshalb sprechen wir allen Kollegen an dieser Stelle den besten Dank aus, erwidern die gesandten Grüße recht herzlich und wünschen allen eine glückliche Heimkehr.

Betrachtungen eines Landsturmmannes auf Posten.

Das Landsturm-Bataillon, dem ich angehöre, liegt in L. zur Bahnwache. Unsere Feldwache ist untergebracht auf einem Vorortbahnhof, welcher ungefähr 1100 Meter vom Hauptbahnhof entfernt, von diesem durch eine scharfe Kurve getrennt ist. Es naht die Witternachtsstunde, ich stehe auf dem am weitesten vorgeschobenen Posten, welcher etwa 600 Meter vom Nachlokal entfernt ist. Meine Gedanken eilen zu Heimat, zu Weib und Kinder. Da horch, ein Rollen in der Ferne reißt mich aus meinen Gedanken und führt mich zur Wirklichkeit zurück. In der Kurve, welche den Vorortbahnhof vom Hauptbahnhof trennt, werden die Lichter einer Lokomotive sichtbar. Es ist ein Militärzug. Gesang schallt mir entgegen: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“ schallt es durch die Nacht. Der Zug kommt näher, es sind frische Truppen, welche zur Front befördert werden, sie sind trotz der vorgerückten Nachtstunde munter, denn sie sind vor einigen Minuten auf dem Hauptbahnhof verpflegt worden. Jetzt hat der Zug mich erreicht. Einzelne Mannschaften haben mich, vom Lichte der Lokomotive beleuchtet, erblickt. „Hurrah!“ schallt es mir entgegen, und einige Sekunden später braust ein tausendstimmiges Hurrah durch die Nacht. Der Zug ist vorbei, und die roten Schlußlaternen verschwinden langsam. Meine Gedanken aber begleiten den Zug noch weiter, sie eilen ihm voraus, an die Front. Wieviel von diesen jungen Menschen, die jetzt wohlgenut und heiter an mir vorbeigefahren sind, sehen die Hei-

mat niemals wieder, und wieviel fehen als arme Krüppel zurück. Als Antwort auf meine Gedanken schallt von der Front her das Donnern der Geschütze herüber.

Ganz allmählich, ohne daß ich es mir bewußt bin, sind meine Gedanken wieder zur Heimat geeilt. — Da, wieder ein Rollen, aber aus entgegengesetzter Richtung wie vorhin. Aus der Schlucht, in der vorhin die Schlußlaternen des Transportzuges verschwanden, tauchen Lokomotivlaternen auf, ganz langsam, das muß ein Güterzug sein. Jetzt kommen die ersten Wagen zum Vorschein, sie sind hell erleuchtet, also, ein hell beleuchteter Zug in langsamer Fahrt, das ist ein Lazarettzug. Ein Frösteln überläuft einen, wenn sich ein Soldat von der Front her nähert, trotzdem es uns kein ungewohnter Anblick mehr ist. Wie viel Glend und Kammer mag dieser Zug bergen, und welch ein Gegensatz, vorhin frohe, lebenslustige, jetzt kranke, verwundete, vielleicht dem Tode nahe, hilflose Menschen. Jetzt fährt der Zug vorbei, Gott sei dank, die meisten Wagen sind leer, Schwerverwundete führt der Zug fast gar nicht mit, denn die Tragbahnen sind fast alle leer, anscheinend haben die letzten Gefechte keine schweren Opfer gefordert. Der Zug verschwindet langsam um die Kurve vor dem Hauptbahnhof auch ihm folgen meine Gedanken noch lange, bis sie allmählich wieder in der Heimat weilen, wohin der Lazarettzug auch vielleicht fährt.

Da schwere Tritte, die Ablösung naht, die Wirklichkeit verlangt wieder ihr Recht, eine kurze militärische Meldung, und zurück geht's zum Wachlokal. Jetzt habe ich vier Stunden Ruhe, um dann wieder von Neuem meinen Posten zu übernehmen. J. R.

W., den 16. Mai 1915.

Werte Kollegen!

Zunächst meinen besten Dank für die regelmäßige Zusendung des Verbandsorgans. Jede Nummer wird hier gründlich durchstudiert, besonders aber habe ich die Nummer 9 mit dem Jahres- und Kassenbericht genau durchgesehen und will einige Bemerkungen dazu machen. Der Jahresabschluß 1914 ist den Umständen entsprechend ein sehr günstiger zu nennen. Der Kassenbestand hat sich trotz der Kriegszeit und trotz weniger Einnahmen noch gegen das Vorjahr erhöht. Man kann der Zentralverwaltung und dem Kassierer die vollste Anerkennung zollen. Für uns, die wir draußen im Felde stehen, ist dies ein Trost, und wir können mit Genugtuung feststellen, daß die Verbandsleitung in guten Händen liegt. Allerdings wird das Jahr 1915 noch viel größere Opfer von uns verlangen; aber soviel man jetzt schon übersehen kann, wird unser Verband die Feuerprobe bestehen. Es muß allerdings vorausgesetzt werden, daß auch die einzelnen Mitglieder ihre Schuldigkeit tun. Die beste Leitung nützt nichts, wenn nicht opferwillige Kollegen dahinter stehen.

Was die Verwaltung der Ortsgruppen anbelangt, so ist mir da etwas sehr unliebsam aufgefallen. An Unterstützungen wurden 5938,94 M. ausbezahlt, währenddem an Verwaltungskosten fast das Doppelte, nämlich 10 545,11 M. verausgabt wurden. Wie sich diese hohe Verwaltungssumme mit der Kriegszeit vereinbaren läßt, und ob sie dadurch bedingt wird, ist mir nicht recht ersichtlich. Es scheint, daß da nicht der richtige Opfergeist herrscht, der in dieser ernsten Zeit unbedingt erforderlich ist.

Wenn nun, wie der Jahresbericht sagt, infolge Fehlens gänzlicher Leitung mehrere Ortsgruppen eingingen, so ist das eine bedauerliche Sache, aber keineswegs zu entschuldigen. Kein gewissenhafter Ehemann, Vater oder Geschäftsmann wird ins Feld ziehen, ohne vorher sein Testament gemacht zu haben. Ist es nun hier nicht daselbe? Ist der Kollege, dem von seinen Mitarbeitern ein so wichtiges Amt wie die Leitung einer Ortsgruppe übertragen wurde, nicht auch verpflichtet, dieselbe vor seinem Auszug ins Feld in gute Hände zu legen? In sehr vielen Fällen wird es vor seinem Weggang möglich sein und in anderen Fällen ist es vom Felde aus noch möglich. Aber auch die Daheimgebliebenen sind deshalb noch lange nicht von ihren Verpflichtungen entbunden. Wenn der Vorstand im Feld steht, so haben die Mitglieder die Pflicht, einen neuen an seine Stelle zu stellen. Täuschen wir uns nicht in dieser Hinsicht. Wir haben gesehen, daß während der Kriegszeit es schon notwendig ist, daß die Kollegen zusammenhalten um das Errungene zu halten. Es wird nach dem Kriege noch viel notwendiger sein. Hier draußen sehen wir mit gemischten Gefühlen, wie zum Beispiel jetzt überall Frauen in unsere Stellen treten. Vielleicht muß gerade in dieser Hinsicht der Verband noch ein ernstes Wort mitreden. Den daheimgebliebenen Kollegen ist aber hier eine Gelegenheit geboten, eine Dankeschuld an ihre Kollegen im Felde abzutragen dadurch, daß sie dem Verbands treu bleiben. Wenn wir dann als Sieger heimkehren, wird es uns ein Leichtes sein, Hand in Hand mit unseren Kollegen sämtliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Mit vielen Grüßen Euer J. G., Cöln.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Ingolstadt, Baden, Graudenz, Freising, Mannheim (Gemeindearbeiter), Wiesbaden, Starnberg, Mannheim (Straßenbahner), Düsseldorf (Gemeindearbeiter), Danzig, Cöln (Fuhrpark) und Milheim. Der Zentralvorstand.

Gedenktafel.



Gestorben sind unsere treuen Mitglieder:

Anton Müller, München.

Ferdinand Diez, Cöln.

Wilhelm Witz, Cöln.

Ehre ihrem Andenken.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien

Atlas zum Kriegsschauplatz 1914/15. 18 Kartenblätter mit 26 Haupt- und 18 Nebenkarten aus Meyers Konversations-Lexikon. In Umschlag zusammengeheftet 1 Mark 50 Pfennig

Der Ausbruch des Weltkrieges 1914/15 in amtlichen Kartenstücken. In Umschlag 20 Pfennig

Kriegsgedichte 1914. Gesammelt von Eugen Wolbe. In Umschlag 75 Pfennig

Duden, Rechtschreibung d. deutschen Sprache und der Fremdwörter. Nach den für Deutschland, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Regeln. Neunte, neubearbeitete und vermehrte Auflage. In Leinen gebunden 2 Mark 50 Pfennig

Meyers Geographischer Handatlas. 121 Haupt- und 128 Nebenkarten nebst 5 Textbeilagen und Namenregister. Vierte Auflage. In Leinen gebunden 15 Mark

Meyers Handlexikon des allgem. Wissens. Sechste Auflage. Annähernd 100 000 Artikel und Verweisungen auf 1612 Seiten Text mit 1220 Abbildungen auf 80 Illustrationstafeln (davon 7 Farbendrucktafeln), 32 Haupt- und 40 Nebenkarten, 36 selbständigen Textbeilagen und 30 statistischen Übersichten. 2 Bände in Halblein gebunden 22 Mark oder in 1 Halbleinband gebunden 20 Mark

Diese Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Köln, Venloerwall 9.



Es starben den Heldentod für König und Vaterland unsere treuen Mitglieder

Mathias Hilgers

Cöln

im Feldlazarett, an seiner bei den Kämpfen bei Ypern erlittenen Verwundung.

Carl Müller

Augsburg

auf dem westlichen Kriegsschauplatze.

Wir werden den tapferen Helden ein ehrendes Andenken bewahren.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Widmann; Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9. Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarastr. 9.